

28.02.2024

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

Dialog und Deeskalation: Nordrhein-Westfalens Rolle im geopolitischen Spannungsfeld der Ukraine

zu dem Antrag „**Nordrhein-Westfalen steht fest an der Seite der Ukraine – für eine Zukunft in Freiheit und Frieden**“

Antrag der Fraktion der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 18/8108

I. Ausgangslage

Zwei Jahre nach Beginn der militärischen Auseinandersetzung in der Ukraine befinden wir uns in einem geopolitischen Spannungsfeld, das die europäische Sicherheitsarchitektur fundamental herausfordert und tiefgreifende Auswirkungen auf die internationale Ordnung hat. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 löste eine Kette von Ereignissen aus, die nicht nur die Beziehungen zwischen den NATO-Mitgliedstaaten und Russland, sondern auch die innereuropäischen Verhältnisse nachhaltig verändert haben.

Der Krieg in der Ukraine hat zu einer beispiellosen humanitären Krise geführt, mit Zehntausenden von Todesopfern sowohl unter den Militärangehörigen als auch der Zivilbevölkerung. Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte wurden bis Ende Januar 2024 mindestens 10.378 Todesopfer in der ukrainischen Zivilbevölkerung und 19.632 Verletzte verzeichnet. Die militärischen Operationen haben nicht nur zu einem unermesslichen menschlichen Leid geführt, sondern auch massive Flüchtlingsströme ausgelöst, die die europäischen Nachbarländer, insbesondere Deutschland, vor enorme Herausforderungen stellen.¹

Parallel zu den militärischen Auseinandersetzungen haben westliche Staaten, darunter auch Deutschland, umfangreiche Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt. Diese Maßnahmen zielten darauf ab, den russischen Aggressor wirtschaftlich zu isolieren und zu schwächen. Trotz dieser Bemühungen zeigt die russische Wirtschaft eine erstaunliche Resilienz. Insbesondere die Umorientierung der russischen Energieexporte nach Asien hat die erwartbaren negativen Auswirkungen der Sanktionen abgemildert, während die deutschen und europäischen Wirtschaften unter den Folgen der gestiegenen Energiepreise und unterbrochenen Lieferketten leiden.²

¹ OHCHR. (6. Februar, 2024). Ukraine-Krieg: Tote und Verletzte in der ukrainischen Zivilbevölkerung laut Zählungen der UN (Stand: 31. Januar 2024)

² <https://www.fr.de/wirtschaft/inosemzew-ukraine-russland-wirtschaft-sanktionen-auswirkungen-westen-kreml-oekonom-92774335.html>

Diese wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen haben auch – obwohl sie darauf abzielen, den Aggressor zu schwächen – laut Außenministerin Annalena Baerbock nicht die erwarteten Ergebnisse geliefert: „Eigentlich hätten wirtschaftliche Sanktionen wirtschaftliche Auswirkungen. Das ist aber nicht so.“³

Die Auswirkungen der Sanktionen auf die russische Wirtschaft, gepaart mit der strategischen Umorientierung ihrer Energieexporte, spiegeln die Komplexität des globalen Wirtschaftssystems wider. Parallel dazu manifestiert sich auf dem Schlachtfeld in der Ukraine ein ähnlich komplexes Bild: ein Stellungskrieg, der die politischen und militärischen Strategien der beteiligten Parteien auf die Probe stellt. Die Frontlinien haben sich seit über einem halben Jahr kaum verändert, und die Hoffnung auf einen schnellen Sieg der ukrainischen Kräfte hat sich inzwischen in die Erkenntnis eines langwierigen und zermürbenden Konflikts verwandelt. Diese Pattsituation verursacht nicht nur weitere menschliche und materielle Verluste, sondern erschwert auch die Suche nach einer politischen Lösung des Konflikts.⁴

In diesem Kontext ist es von entscheidender Bedeutung, dass die internationale Gemeinschaft und insbesondere die beteiligten europäischen Staaten ihre Strategien überdenken und sich verstärkt für diplomatische Lösungen einsetzen. Die Entsendung westlicher Bodentruppen, wie sie jüngst von Frankreichs Präsident Macron nicht ausgeschlossen wurde, könnte die Situation weiter eskalieren und zu einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und Russland führen.⁵ Daher muss der Fokus auf der Deeskalation und der Wiederaufnahme von Verhandlungen liegen, um einen dauerhaften Frieden in der Region zu erreichen.

„Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute schießen.“
- Helmut Schmidt -

II. Der Landtag stellt fest:

1. Kriege in jeder Form müssen grundsätzlich verurteilt werden; dies schließt insbesondere den russischen Krieg gegen die Ukraine ein, der massive und vielschichtige Folgen hat.
2. Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage und ihrer Komplexität ist ein differenzierter Ansatz in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland erforderlich, der sowohl die Sicherheitsinteressen als auch humanitäre Aspekte berücksichtigt.
3. Pauschale Unwerturteile und der Ausschluss von Dialogpartnern sind kontraproduktiv. Stattdessen sollte eine Politik der offenen Gespräche gefördert werden, auch mit politisch schwierigen Partnern, um langfristige Friedenslösungen zu ermöglichen.

³ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/russland-sanktion-wirtschaft-baerbock-ukraine-krieg-100.html>

⁴ <https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-stellungskrieg-news-aktuell-russland-karte-front-verlauf-zr-92850795.html>

⁵ <https://www.welt.de/politik/ausland/article250291020/Macron-schliesst-Einsatz-von-Bodentruppen-in-Ukraine-nicht-aus.html>

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene und in der Europäischen Union für eine Wiederbelebung und Intensivierung des Dialogs mit allen beteiligten Parteien einzusetzen, um eine politische Beilegung der Konflikte zu fördern;
2. sich auf Bundesebene für eine deeskalierende Rhetorik und Handlungen einzusetzen und eine auf Realpolitik basierende Außenpolitik zu verfolgen, die diplomatische Ansätze priorisiert;
3. sich auf Bundesebene für Initiativen einzusetzen, die darauf abzielen, alle beteiligten Parteien zu Verhandlungen zu bewegen, um eine dauerhafte Lösung für den Krieg in der Ukraine zu finden.

Dr. Martin Vincentz
Andreas Keith

und Fraktion